

Natur- und Umweltschutz so weit ausgearbeitet, dass nun die notwendigen Entscheide über die Verwirklichung getroffen werden können.

5. Internationales

Die Internationale Vereinigung für die Erhaltung der Natur und ihrer Ressourcen (UICN) hielt in San José (Costa Rica) vom 1.-10. Februar ihre 17. Vollversammlung ab. An dieser Versammlung wurden der Vorschlag zur Neugestaltung der Beitragsstruktur, der Arbeitsprogramme sowie die Aufstellung über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben von 1988 bis 1990 verabschiedet. Der Rat der UICN bestätigte seinen früher gefassten Entscheid über die Weiterführung des Sitzes der UICN in der Schweiz. Der Bund gründete zusammen mit dem Kanton Waadt eine Stiftung mit dem Ziel, für den Sitz der UICN, die in Dornigen VD am 3. Oktober ihr 40-jähriges Bestehen feiern konnte, ein neues Gebäude zu erstellen.

Die Kampagne des Europarates für den ländlichen Raum fand in der grossen internationalen Veranstaltung vom 11.-14. Oktober in Lübeck-Travemünde ihren Abschluss.

III. Jagd- und Wildforschung

Das Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel sowie die dazu gehörige Verordnung sind am 1. April 1988 in Kraft getreten.

Im Oktober ist die Vernehmlassung bei den Kantonen und Verbänden zur Verordnung über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler Bedeutung und die eidgenössischen Banngebiete eröffnet worden. Es ist vorgesehen, die neue Verordnung 1989 in Kraft zu setzen.

IV. Fuss- und Wanderwege

1. Rechtsetzung

Gestützt auf Artikel 14 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1985 über Fuss- und Wanderwege (FWG) hat das EDI mit Verordnung vom 8. August 1988 über das Beschwerderecht anerkannter Fachorganisationen für Fuss- und Wanderwege einerseits die Arbeitsgemeinschaft Recht für Fussgänger (ARF) und andererseits die Schweizer Wanderwege (SAW) als beschwerdeberechtigt anerkannt.

2. Richtlinien und Wegleitungen

Im Oktober wurde die Wegleitung "Planung und Realisierung von Fusswegenetzen" veröffentlicht.

V. Nationalpark

Die Eidgenössische Nationalparkkommission und die Parkverwaltung befassten sich schwergewichtig und in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Departement des Kt. Graubünden mit den Massnahmen zur Reduktion der übersetzten Rotwildbestände in der Region des Nationalparks und mit langfristigen Kompetenzen für die zukünftige Zielsetzung und Betreuung des Nationalparks. Der detaillierte Jahresbericht kann bei der Stiftung Schweiz. Nationalpark, Postfach 1987, 3001 Bern, bezogen werden.